

Prosperität, Depression und ökonomische Theorien

STEPHAN SCHULMEISTER

Als ich vor 45 Jahren mein Studium abschloss, gab es für junge (und alte) Menschen in ganz Europa genügend „normale“ Jobs – mit Urlaubsanspruch und Sozialversicherung. Das Einkommen reichte locker, um sich eine Erstwohnung zu mieten.

Heute ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den EU-Ländern zwei- bis dreimal so hoch, aber Millionen junger Menschen sind arbeitslos, weitere Millionen müssen sich mit prekären Jobs durchretten, Wohnungen sind für sie unerschwinglich.

Bis in die 1970er Jahre ermöglichte ein stabiles Wirtschaftswachstum Vollbeschäftigung, der Sozialstaat wurde ausgebaut, die Staatsverschuldung ging zurück, der soziale Zusammenhalt festigte sich, das „Lebenstempo“ war gemächlich. Seither hat sich die Lage immer mehr verschlechtert, das Leben wurde hektischer, es kommt aber immer weniger dabei heraus.

Die herrschende Wirtschaftstheorie hätte eine umgekehrte Entwicklung erwarten lassen: In den 1950er und 1960er Jahren waren die Finanz- und Arbeitsmärkte ja stark reguliert, der Staat betrieb eine aktive Wirtschaftspolitik und es gab keine Basisinnovationen. Seither hätten die Deregulierung der Märkte, das Zurückdrängen des Staates und Basisinnovationen (von der Informations- bis zur Bio- und Nanotechnologie) anhaltende Prosperität bewirken müssen.¹

Detektivische Wirtschaftsforschung

Angesichts dieses Rätsels ist „Spurensuche“ angesagt: Was waren die wichtigsten Etappen auf dem langen Weg in die große Krise?

– Die Aufgabe fester Wechselkurse führt zu zwei Dollarentwertungen (1971/73 und 1976/79), darauf reagieren die Hauptbenachteiligten mit zwei „Ölpreisschocks“ (1973 und 1979), welche zwei Rezessionen nach sich ziehen. Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung steigen.

– Der massive Inflationsanstieg wird ab 1980 mit einer Hochzinspolitik bekämpft, seither liegt das Zinsniveau in Europa über der Wachstumsrate. Dies zwingt die Unternehmen – der wichtigste Schuldnersektor – Primärüberschüsse zu erzielen: Sie schränken ihre Kreditaufnahme ein und damit auch ihre Realinvestitionen.

– Da auch die Haushalte einen positiven Primärsaldo aufweisen (sie sparen mehr als ihre Zinserträge), kann nicht auch noch der Staat Primärüberschüsse erreichen – der Anstieg seiner Verschuldung ist systemisch bedingt, er wird „erlitten“.

– Gleichzeitig erleichtert die Schaffung unzähliger Finanzderivate die Spekulation: Wechselkurse, Rohstoffpreise, Aktienkurse und Zinssätze schwanken immer mehr, realwirtschaftliche Aktivitäten werden unsicherer, Finanzspekulationen attraktiver.

– Unter diesen Bedingungen müssen Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung weiter steigen. Beide Probleme werden seit Beginn der 1990er Jahre durch Symptomkuren bekämpft: Regelinbindung der Fiskal- und Geldpolitik (Maastricht, etc.) sowie Deregulierung der Finanz- und Arbeitsmärkte. „Lassen Sie Ihr Geld arbeiten“ wird zum Leitmotiv, von der Altersvorsorge bis zur Derivatspekulation von Amateuren.

– Auf den Aktiencrash 2000/2003 („Vorbeben“) folgt der finale Exzess: Drei „Bullenmärkte“ werten Aktien-, Immobilien- und Rohstoffvermögen auf, 2007/2008 folgen drei „Bärenmärkte“. Erstmals seit 1929 werden die drei wichtigsten Vermögensarten gleichzeitig entwertet.

– Die dadurch ausgelöste Finanz- und Wirtschaftskrise bekämpft die Politik mit Banken- und Konjunkturpaketen. Ihre systemische Ursache – die finanzkapitalistische Spielanlage – bleibt intakt.

– Also entwickeln die „Finanzalchemisten“ ein neues „Spiel“, die Spekulation auf den Staatsbankrott. Der Zinsanstieg von Griechenland bis Italien erzwingt eine drastische Sparpolitik.

Sie vertieft die Krise und damit auch die wirtschaftliche Spaltung Europas.

– Um die Währungsunion zu retten und die Konjunktur zu beleben, senkt die Europäische Zentralbank (EZB) die Leitzinsen auf null. Unter finanzkapitalistischen Anreizbedingungen werden dadurch aber nicht die Investitionen stimuliert, sondern die Finanzspekulationen. Der Aktienboom setzt sich fort, die Realwirtschaft stagniert.

Finanzkapitalistische „Spielanordnung“ als Krisenursache

Den Weg Europas in die große Krise wies die neoliberale „Navigationskarte“. Diese empfahl die „Ent-Fesselung“ der Finanzmärkte (Aufgabe fester Wechselkurse, Hochzinspolitik, Finanzinnovationen). Die dadurch ausgelösten Ölpreisschocks, Schuldenkrisen (1982 in Lateinamerika, 1997 in Ostasien), die Finanzkrise 2008 und die nachfolgende Eurokrise verursachten Rezessionen, in denen Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung stiegen. Die gesamtwirtschaftliche Performance wurde zusätzlich zu „Schocks“ durch das „business as usual“ auf den Finanzmärkten verschlechtert. Die „freiesten“ Märkte generieren ja systematisch manisch-depressive Schwankungen von Wechselkursen, Rohstoffpreisen, Aktienkursen und Zinssätzen. Diese Abfolgen von „Bullen- und Bärenmärkten“ erschweren Unternehmertum und fördern Finanzspekulation aller Art.

Je mehr die finanzkapitalistischen Anreizbedingungen Probleme anwachsen ließen, desto

1 Anm. der Redaktion: Dieser Beitrag wurde initiiert durch ein Streitgespräch, das am 27. Januar 2016 an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) in Berlin zwischen Stephan Schulmeister und Clemens Fuest zum Thema „Soziales Europa oder ‚marktgerechte Demokratie‘?“ stattgefunden hat. Vgl. dazu auch den Beitrag von Fuest in diesem Heft.

stärker wurden sie mit neoliberalen Therapien bekämpft: Die Arbeitslosigkeit durch Senkung von Reallöhnen und Arbeitslosengeld sowie durch „Lockerung“ des Arbeitnehmerschutzes, die Staatsverschuldung durch eine Sparpolitik. Davon waren in erster Linie die Sozialleistungen betroffen. Denn nach herrschender Theorie schwächt der Sozialstaat die Eigenverantwortung („soziale Hängematte“).

Tatsächlich haben die neoliberalen Therapien die Krise Europas weiter vertieft: Stagnierendes Masseneinkommen und sinkendes Vertrauen in den sozialen Zusammenhalt dämpften die Konsumnachfrage und – gemeinsam mit dem Rückgang der öffentlichen Investitionen – die Investitionsbereitschaft der Unternehmen.

Der Widersinn der neoliberalen Therapien wird an der Entwicklung seit der Finanzkrise 2008 besonders deutlich: In jenen Ländern, in denen Löhne, Arbeitslosengeld und sonstige Sozialausgaben am massivsten gesenkt wurden, stiegen Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung am stärksten.

Wissenschaftlich legitimiert wurde die finanzkapitalistische Spielanordnung durch die Restauration der Neoklassik. Um ihr Modell konsistent zu machen, musste sein Abstraktionsgrad ins Groteske gesteigert werden: Es gibt nur einen repräsentativen, rein rationalen, perfekt informierten und ewig lebenden „homo oeconomicus“, welcher seinen Nutzen durch Konsum und Freizeit über alle Zukunft maximiert. Er ist gleichzeitig einziger Besitzer und einziger Beschäftigter der einzig existierenden Firma.

Unter diesen Annahmen lassen sich die erwünschten Ergebnisse ableiten: (Finanz-)Märkte sind effizient, Wirtschafts- und (besonders) Sozialpolitik sind schädlich, Konjunkturschwankungen werden durch „Technologieshocks“ verursacht etc. „Der Markt“ als Subjekt lenkt mit „unsichtbarer Hand“, selbst die Politik hat sich anzupassen. Gleichzeitig reduzieren die nunmehr zum Standard gewordenen „Dynamic Stochastic General Equilibrium Models“ (DSGE-Modelle) die Komplexität der Realität auf null.

Realkapitalistische Rahmenbedingungen in der Prosperitätsphase

Die Rahmenbedingungen im „golden age of capitalism“ waren Ergebnis des Lernens aus der Weltwirtschaftskrise und des „Kalten Kriegs“. Die (reale) Soziale Marktwirtschaft zielte auf eine Integration der Gegensätze ab zwischen Mensch

als Individuum/als soziales Wesen, Eigennutz/Solidarität, Ökonomie/Politik, Markt/Staat, Konkurrenz/Kooperation.

Diese Integration gelang (auch) durch eine pragmatische „Arbeitsteilung“: Für Verbesserung der Wachstumsbedingungen, der sozialen Sicherheit sowie der gesamtwirtschaftlichen Stabilität war das „System Politik/Staat“ zuständig, für die Lösung der Frage „Welche Güter werden wie für wen produziert?“ das „System Markt/Unternehmen“.

Die Finanzmärkte wurden grundlegend anders behandelt als die Gütermärkte: Letztere wurden liberalisiert, Erstere blieben strikt reguliert. Der Zinssatz wurde deutlich unter der Wachstumsrate stabilisiert. So konnte sich die kapitalistische „Kernenergie“, das Profitstreben, nur in der Realwirtschaft entfalten. Das „Wirtschaftswunder“ war daher gar kein Wunder.

Die Eliten in Politik, Medien und Politik orientierten sich an einer gemeinsamen „Navigationskarte“, die im sozialen Bereich durch die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft geprägt wurde und im ökonomischen Bereich durch die keynesianische Theorie.

Vom Real- zum Finanzkapitalismus

Mit bewundernswerter Energie und Ausdauer hatten neoliberale Ökonomen den Angriff auf Keynesianismus und Sozialstaatlichkeit vorbereitet. 1947 gründete Hayek mit 38 Mitstreitern die „Mont-Pelerin-Society“ (MPS). Diesem Netzwerk gehörten alle bedeutenden neoliberalen Ökonomen an, darunter acht (spätere) Nobelpreisträger. Die wichtigsten „Waffen“ waren Theorien, welche die Liberalisierung der Finanzmärkte, den Abbau des Sozialstaats und die Aufgabe der Vollbeschäftigungspolitik legitimierten. Wichtigste „Waffenschmiede“ wurde die Universität Chicago unter Führung von Milton Friedman. Vermögende finanzierten Think Tanks zur Popularisierung dieser Theorien (die profitabelsten Investitionen aller Zeiten).

Ende der 1960er Jahre setzt die neoliberale Gegenoffensive ein, paradoxerweise gefördert durch den Erfolg des Realkapitalismus: Bei Vollbeschäftigung nahmen die Streiks zu, die Lohnquote stieg massiv, die Gewerkschaften forderten (mehr) Mitbestimmung, „Links“ wurde schick unter Intellektuellen (1968 etc.), die Sozialdemokratie bekam Aufwind, die Umweltbewegung verurteilte den Kapitalismus aus ökologischer Sicht („Club of Rome“). All dies machte immer mehr Unternehmer empfänglich für die neoliberalen Losungen.

Mit der Liberalisierung der Devisenmärkte 1971 beginnt die erste Etappe auf dem Weg in die Krise. Sie wird perfekt genutzt: Mit ihrer Forderung nach „freien“ Wechselkursen hatten die Neoliberalen indirekt zu Dollarabwertung, Ölpreisschock, Rezession und damit zum gleichzeitigen Anstieg von Inflation und Arbeitslosigkeit beigetragen. Diesen verwerteten sie nun als Widerlegung der „Phillips-Kurve“ und damit der gesamten keynesianischen Theorie.

Der Wechselschritt „Problem Schaffen/Problem verwerten“ prägt auch die nachfolgenden Etappen: Steigende Arbeitslosigkeit macht die Senkung von Reallöhnen und Arbeitslosengeld zu „Sachzwängen“, steigende Staatsverschuldung fordert vermeintlich weitere Sparmaßnahmen.

Lernwiderstand der Eliten: Wie geht es weiter?

Noch nie hat eine ökonomische Weltanschauung das Denken der Eliten in Wissenschaft, Medien und Politik so lang geprägt wie der Neoliberalismus. Dies blockiert ihre Lernfähigkeit in mehrfacher Hinsicht:

- *politisch*: Die meisten Vermögenden, aber auch Kleinunternehmer, glauben, diese Ideologie diene ihren Interessen (tatsächlich haben Ölpreisschocks, Sparpolitik und Finanzkrisen den Unternehmern viel mehr geschadet als Sozialstaat und Gewerkschaften);
 - *ökonomisch*: Große „Finanzkapitalisten“ finanzieren umso mehr Think Tanks und Lehrstühle, je mehr sich die Krise vertieft (derzeit verbindet allein das „Atlas Network“ 451 neoliberale „Denkfabriken“ in 95 Ländern);
 - *intellektuell*: Innerhalb eines Denksystems kann man das Denksystem selbst nicht als Krisenursache erkennen;
 - *psychologisch*: Journalisten, Professoren, Politiker können nicht in Erwägung ziehen, als Mitläufer jahrzehntelang einen „common sense“ vertreten zu haben, der sich als „non-sense“ entpuppt. Das Schwierigste am Lernen ist ja das Verlernen;
 - *moralisch*: Trotz der enormen sozialen Probleme kann die Frage „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“ nicht gestellt werden. Wo „der Markt“ lenkt, macht sie keinen Sinn.
- Für ein gründliches Lernen der Eliten wird es noch eine massive Vertiefung der Krise brauchen. Dazu werden der Rechtspopulismus und (damit) eine Re-Nationalisierung Europas gemeinsam mit steigender Ungleichheit innerhalb der einzelnen Nationen die wichtigsten Beiträge liefern. ►

Eine „Geldschwemmen-Politik“ wird den Euro nicht retten können (diese Politik ist „das Richtige im Falschen“ des finanzkapitalistischen Systems), sondern die Finanzinstabilität erhöhen. Zerbricht die Währungsunion, so würde die Depression durch Abwertungswettläufe innerhalb Europas ihre Vollendung finden.

Doch irgendwann – das könnte auch erst in zehn oder mehr Jahren sein – ist das Ende der Sackgasse erreicht. Dann werden Politiker versuchen müssen, noch ohne eine neue Wirtschaftstheorie die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung radikal und pragmatisch zu ändern, immer von den Problemen ausgehend, die es zu bewältigen gilt. Vorbild dafür wäre der „New

Deal“ von Roosevelt. In einem Essay habe ich 2010 die Entwicklung der letzten sechs Jahre und einen „New Deal für Europa“ skizziert² – die Vorschläge sind leider nicht obsolet geworden.

Ökonomen werden dann viel mehr als heute an den Komponenten einer Wirtschaftstheorie arbeiten, welche aufklärt statt zu rechtfertigen, und daher zur Orientierung taugt. Eine solche Theorie wird den Menschen in seiner widersprüchlichen Gesamtheit berücksichtigen: als rationales *und* emotionales, als individuelles *und* gesellschaftli-

ches, als eigennütziges *und* solidarisches, als konkurrierendes *und* kooperatives Wesen.

Dann hat die „Allgemeine Luftschtosstheorie“ ausgedient. ■

AUTOR

STEPHAN SCHULMEISTER, Dr., ist Wirtschaftsforscher und Universitätslektor in Wien. Arbeitsschwerpunkte: Industrieökonomie, Innovation und internationaler Wettbewerb, Außenwirtschaft und internationale Wirtschaftsbeziehungen, Finanzmärkte und Unternehmensstrategien.

 stephan.schulmeister@wifo.ac.at

² Schulmeister, S. (2010): Mitten in der großen Krise – ein „New Deal“ für Europa, Wien.